

# Resolution durch den Kreistag Jerichower Land

Antragssteller: Fraktion „Wir für das Jerichower Land“

**Der Kreistag möge beschließen**, folgende Resolution an den Landtag, die zuständigen Landtagsabgeordneten sowie das Bildungsministerium des Landes Sachsen-Anhalts zu richten:

Wir fordern den Landtag eindringlich auf, die geplante Schulgesetznovelle in ihrer jetzigen Form abzulehnen und stattdessen differenzierte Regelungen zu finden, die den besonderen Bedürfnissen kleiner Schulen und ländlicher Gemeinden gerecht werden. Wir wollen, dass es nicht zu einer Anhebung der Schülerzahlen kommt, da diese Maßnahme den ländlichen Raum nachhaltig schwächen würde. Wir appellieren an die Mitglieder des Landtages, die Bedeutung der Schulen im ländlichen Raum anzuerkennen und die geplanten Änderungen im Interesse einer gerechten Bildungspolitik zu überdenken.

## **Begründung:**

Wie der Presse zu entnehmen war, plant das Bildungsministerium des Landes Sachsen-Anhalt eine umfassende Schulgesetzreform. Der von Bildungsministerin Feußner vorgelegte Entwurf sieht dabei eine Erhöhung der Mindestschülerzahlen vor. Diese soll für Eingangsklassen an Grundschulen sowie an weiterführenden Schulen auf 25, außerhalb von Mittel- und Oberzentren auf 20 Schülerinnen und Schüler angehoben werden. Diese Reform hätte katastrophale Folgen vor allem für die kleinen Schulen im ländlichen Raum. Das Schulnetz im ländlichen Raum ist in Sachsen-Anhalt ohnehin schon stark gefährdet. Die Anhebung der Mindestschülerzahlen, wie sie im Entwurf des Bildungsministeriums vorgesehen ist, würde viele kleine Grundschulen massiv in ihrer Existenz bedrohen. Besonders betroffen wären die Grundschulen, die als zentrale Einrichtungen für die Identifikation der Jüngsten mit ihrem direkten Umfeld eine unverzichtbare Rolle spielen. Die Erhöhung der Mindestschülerzahl wird im Entwurf des Ministeriums mit der äußerst schwierigen Lehrerversorgung begründet. Die Lösung des Lehrermangels darf aber nicht auf dem Rücken der Kinder und der ländlichen Gemeinden ausgetragen werden. Eine Anhebung der Schülerzahlen mag auf den ersten Blick als pragmatische Lösung erscheinen, wäre jedoch für viele kleine Schulen das endgültige Aus. Diese sind oft das soziale und kulturelle Zentrum kleinerer Gemeinden und gerade für die jüngeren Kinder von unschätzbarem Wert.

Jens Hünerbein

Fraktionsvorsitzender